

**Bezirkstag Pfalz**



**Infobrief**

## **Rundbrief Nr. 19/ Dezember 2018**

Liebe Genossinnen und Genossen,

im heutigen Rundbrief findet ihr meine Haushaltsrede vom 20. Dezember 2018 sowie zwei Presseartikel zu unserer Informationsveranstaltung zum Thema Kerosin Ablass, die am 5. Dezember 2018 in Pirmasens stattfand. Ich wünsche euch viel Spaß und Information beim Lesen.

Weitere Informationen wie immer auf [www.die-linke-bezirkstagpfalz.de](http://www.die-linke-bezirkstagpfalz.de) .

Mit solidarischen Grüßen

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

## **Rede zum Haushaltsentwurf 2019 des Bezirksverbandes Pfalz**

**Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

in Anbetracht des heutigen Datums beginne ich mal weihnachtlich: Alle Jahre wieder .... doch leider kommt nicht das Christkind, sondern die zu übliche Bescherung: die Haushaltsziele werden trotz aller Sparanstrengungen auch in diesem Jahr verfehlt, sogar ziemlich krachend!

Im Vergleich mit dem Haushalt von 2018 mit einer erheblichen Steigerung des Jahresfehlbetrages von 2,68 Mio € auf nunmehr 4.3 Mio € im Gesamtergebnishaushalt. Der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich wird damit nicht erreicht.

Die Pensions- und Beihilferückstellungen machen einen erheblichen Teil der zahlungsunwirksamen Leistungen aus, die Jahr für Jahr das Defizit im Ergebnishaushalt verursachen.

Ja, es sind in diesem Betrag an die 3 Mio Pensionsrückstellungen für die §15er Einrichtungen enthalten, und ja, das Land wird diese wohl auch in 2019 als seine Verpflichtungen anerkennen und ihnen nachkommen. Doch ob der Optimismus angebracht ist, darauf zu hoffen, dass dies in Zukunft zum Automatismus wird, sei dahingestellt. In dem Zusammenhang sei auch auf das Urteil des rheinlandpfälzischen Verfassungsgerichts in 2017 erinnert, das Pensionsfonds für Beamte als verfassungswidrig erklärt hatte.

Das ungelöste Problem der Abschreibungen bleibt allerdings erst mal im Raum stehen.

Und ob das Land sich ab 2020 tatsächlich bereit erklärt, eine jährliche Inflationsanpassung vorzunehmen, ist bisher nicht viel mehr als Wunschdenken. Im Umkehrschluss bestätigt sich, bei allem Optimismus für schwarze Zahlen im operativen Geschäft:

Die ständig unausgeglichenen Aufwendungen für die Einrichtungen nach § 15 der Bezirksordnung und die Personalaufwendungen lösen nicht langsam, sondern relativ schnell die Substanz des Bezirksverbandes auf.

Aufschlussreich ist der sprunghafte Anstieg der Pensions- und Beihilferückstellungen in 2019 nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern auch aus einem anderen Grund: Der Anstieg ist dem zunehmenden Durchschnittsalter der Beschäftigten sowie den Gehaltszuwächsen der tariflich Beschäftigten und der zu erwartenden Gehaltssteigerungen für die Beamtinnen und Beamten geschuldet. Über Jahre mussten diese sich mit sehr geringen Einkommenszuwächsen begnügen, die kaum die Inflationsraten ausglich, und haben auf diese Weise erheblich dazu beigetragen, den Etat des Bezirksverbandes zu stabilisieren.

70% der Ausgaben des Bezirksverbandes sind Personalaufwendungen. Aber: Die Personaldecke ist sehr dünn. Trotz aller daraus resultierenden Belastungen arbeiten alle Beschäftigten hochmotiviert und sehr engagiert, was ich immer wieder persönlich erfahren konnte.

An dieser Stelle möchte ich den Beschäftigten ausdrücklich meine Hochachtung aussprechen!

Seit das Gutachten des Landes für eine Kommunal- und Verwaltungsreform auf den Tisch kam, geht bei den Beschäftigten die Angst um, es könnte Änderungen an ihrer Arbeitsplatzsituation geben. Selbst wenn dieses Gutachten keine abschließende Bewertung des Bezirksverbandes vornimmt, gibt dennoch die Erwähnung der verfassungsrechtlichen Möglichkeit, den Bezirksverband aufzulösen oder ihm Aufgaben zu entziehen, Anlass zur Sorge.

Darüber hinaus bringt das Gutachten aber auch den Kern des Haushaltsproblems zur Sprache: Die chronische Unterfinanzierung der §15er Einrichtungen, insbesondere das Fehlen von Landesmitteln für Investitionen.

Die Forderung des Bezirkstages in Richtung Landesregierung muss erneut lauten, die dem Bezirksverband übertragenen Aufgaben und Einrichtungen, selbstverständlich auch die dabei entstehenden Personalkosten, endlich kostendeckend zu finanzieren. Mag sein, dass diese Gebetsmühle niemand mehr hören möchte, dennoch bleibt diese Forderung richtig und stellt die einzige nachhaltige Lösung der Finanzproblematik dar.

Denn das Land Rheinland-Pfalz enthält seinen Kommunen im Haushalt 2019 insgesamt mindestens 265 Mio € vor, von einer auskömmlichen Finanzierung im Sinne des Konnexitätsprinzips kann hier keine Rede sein. Deshalb sollten, auch angesichts der Anzeichen für eine sich abschwächende Konjunktur, Zweifel angebracht sein, ob in Zukunft wirklich nicht mehr gefragt wird, wo zu sparen ist, sondern wo ausgegeben werden kann.

Der Haushalt des Bezirksverbandes für 2019 ist wie in den vorangegangenen Jahren buchhalterischer Ausdruck der Mangelverwaltung. Gestaltungsspielräume tendieren gegen Null und nur mit Mühe kann der Status Quo aufrechterhalten werden.

Ein nicht zu unterschätzender Risikobereich bleibt das Thema Bauen und Sanieren. Bauunternehmer und Architekten sind aus ihrer Sicht in der glücklichen Lage, sich ihre Kunden heraussuchen und dabei ihre Preisvorstellungen bis zum Anschlag ausreizen zu können. Dies bedeutet nicht nur ein hohes finanzielles Risiko für den Bezirksverband, der mit Zuschüssen noch restriktiver als sonst üblich haushalten muss, sondern auch Abstriche bei der Qualität. Die Gebäudestruktur im Bezirksverband ist alles andere als auf dem neuesten Stand, dazu kommen die Problemfälle, allen voran das Historische Museum in Speyer, dessen unbenutzbarer Neubau seit Jahren auf die immer teurer werdende Sanierung warten muss.

Die GroKo-Regierung in Berlin läuft Gefahr, bei der Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 29 von 66 selbst gesteckten Nachhaltigkeitszielen nicht zu erreichen. Die Groko im Bezirkstag beschreitet ähnliche Wege. Laut ihrem Vorsitzenden Herrn Wieder sei es derzeit fraglich, ob es mit dem SDG-Projekt noch etwas werde, da es erneuten Abstimmungsbedarf mit den „Servicestellen für Kommunen in der Einen Welt“ gebe.

Im MAB-Programm der UNESCO wird der Schwerpunkt der Aktivitäten auf die Wechselwirkung und das Zusammenwirken von Mensch und Umwelt gelegt und als wesentliche Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung gesehen. In den Leitlinien für das Netzwerk der Biosphärenreservate ist festgehalten, dass durch die Verbindung von Schutzfunktion, Entwicklung und logistischer Unterstützung die Biosphärenreservate Modellstandorte zur Erforschung und Demonstration von Ansätzen zu Schutz und nachhaltiger Entwicklung auf regionaler Ebene sein sollen, wobei eine wesentliche Voraussetzung die Förderung einer wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung ist, die soziokulturell und ökologisch nachhaltig zu sein hat.

Dass es hier in einem der Kernbereiche des Biosphärenreservates nicht vorangeht, wurde von mir vor Jahren schon moniert. Aber es klappt noch immer nicht. Auch dies ist nicht zuletzt eine der angespannten Haushaltsslage geschuldete Tatsache, denn es fehlt hier schon seit Jahren an personeller wie sächlicher Ausstattung.

Dass der Bezirkstag sich immerhin mit der Resolution gegen den Kerosinschnellablass über dem Biosphärenreservat an übergeordnete politische Ebenen wendet, ist auf jeden Fall begrüßenswert, sollte aber auch in anderen Belangen richtungs- und handlungsweisend sein.

Denn im Biosphärenreservat Pfälzerwald gäbe es, auch im Sinne der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele, besonders eben zitierten Förderung einer wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung noch mehr, wofür sich einzusetzen lohnte:

In Rheinland-Pfalz verhindert ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Koblenz von 2008 den Erlass kommunaler Friedhofssatzungen, die das Aufstellen von Grabmalen aus Kinderarbeit untersagen. Die Landesregierung prüft gerade ein Landesgesetz zur Ermächtigung der Kommunen, auf Friedhöfen das Aufstellen von Grabsteinen aus Kinderhand zu verbieten. Hätte es nicht dem Leitgedanken von „Mensch und Biosphäre“ entsprochen, auch hier ein Zeichen der Humanität zu setzen? Doch leider wurde meinem Antrag einer diesbezüglichen Resolution der Pfalzbezug abgesprochen und deswegen nicht zugelassen.

Die Bewertung überlasse ich jedem einzelnen.

Unabhängig davon werde ich mich auch beim Haushalt 2019 enthalten. Die Mitarbeiter im Bezirksverband geben ihr Bestes, um zu einem ausgeglichenen Haushalt beizutragen, doch gegen die Unterfinanzierung durch das Land müsste auf politischer Ebene mehr unternommen werden.

20. Dezember 2018

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz

# „Das ist keine harmlose Sache“

Der Mainzer Toxikologe Bernd Kaina zum Thema Kerosinablass

VON ANDREAS GANTER

**PIRMASENS.** „Es fehlt an Forschung.“ Mit diesen Worten bringt der Toxikologe an der Mainzer Universität, Bernd Kaina, auf den Punkt, was ihn beim Thema Kerosinablass umtreibt. Am Mittwochabend referierte er darüber auf Einladung der Linken im Bezirkstag in einem Pirmasenser Lokal.

Knapp zwei Dutzend Zuhörer waren gekommen, um aus profundem Mund Informationen zu einem Thema zu erhalten, das viele Pfälzer seit Monaten beschäftigt. Der Universitätsprofessor, der seit Kurzem im Ruhestand ist, beklagte, dass allein die Verunsicherung der Bevölkerung zu psychischem Stress führen könne. Der wiederum sei durchaus verantwortlich für bestimmte Krankheiten. Kaina forderte deshalb die Politik auf, endlich für mehr Informationen zu sorgen.



**Bernd Kaina** FOTO: MEHN

Aus Sicht des Toxikologen müssen drei Inhaltsstoffe im Kerosin besonders beachtet werden: Benzol, Toluol und Xylol. Ihr Anteil im zivilen Flugtreibstoff liegt laut Kaina bei rund einem Prozent. Während Toluol und Xylol nicht als krebserregend gelten, sehe es bei Benzol schon anders aus. Der Anteil dieses Stoffes im Kerosin liege bei 0,01 Prozent, so Kaina. Zum Vergleich: Normales Benzin enthält ein Prozent Benzol. Dieser Stoff steht im Verdacht, Leukämie, also Blutkrebs, auslösen zu können. Benzol kommt auch in der Umwelt vor, beispielsweise nach Vulkanausbrüchen oder größeren Waldbränden.

In Europa sei der als kritisch erachtete Grenzwert bei fünf Mikrogramm pro Kubikmeter Luft festgesetzt, berichtete Kaina. Die durchschnittliche Belastung der Bevölkerung liege bei zwei Mikrogramm pro Kubikmeter. Allerdings wies der Toxikologe darauf hin, dass dieser Wert teilweise deut-

lich höher liege: in Tiefgaragen bei 290 und in Raucherwohnungen bei zehn Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. Stichwort Raucher: Bei jeder Zigarette werden zwischen zehn und 100 Mikrogramm Benzol inhaliert.

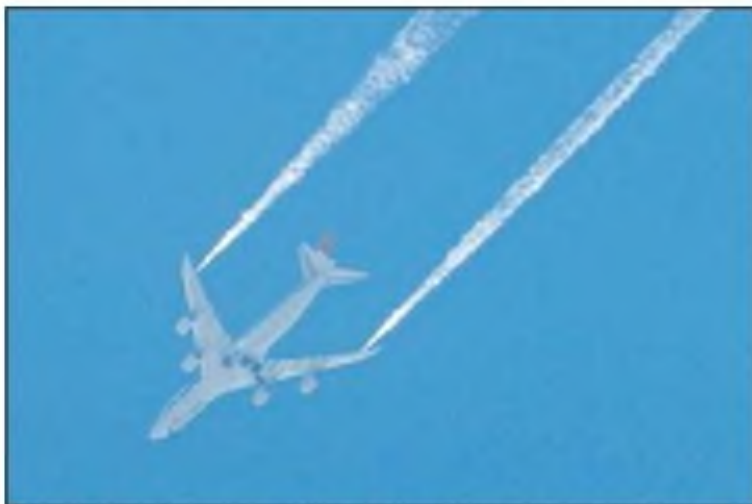
Das Benzol allein im Kerosin beunruhigt Kaina nicht, er beurteilte die Mischung mit anderen Inhaltsstoffen als kritisch. Etwas mehr als ein Viertel des zivilen Kerosins bestehe aus Aromaten. Es gebe Studien mit unterschiedlichen Aussagen dazu, wie krebserregend dies bei Menschen sei. Sicher ist der Toxikologe jedoch: Durch die Inhalation von Kerosin könne das menschliche Immunsystem verändert werden. Das bedeutet, Betroffene wären dann leichter anfällig für andere Krankheiten.

Unklar bleibt laut Kaina, was am Boden ankommt, wenn Flugzeuge in der Luft Kerosin ablassen. Der Toxikologe berief sich am Mittwoch auf eine Studie der US Airforce. Derzufolge hängt es wesentlich davon ab, welche Temperatur auf der Erde herrscht, wenn ein Flieger Treibstoff absondert. Laut der Untersuchung kämen bei 20 Grad nur rund zehn Prozent des abgelassenen Stoffes an der Erdoberfläche an. Bei minus 20 Grad seien es hingegen bis zu 80 Prozent. Und das unabhängig davon, in welcher Höhe der Pilot das Kerosin ablässt. In Deutschland darf das nur in einer Mindestflughöhe von 1800 Meter geschehen. Kaina konnte in Pirmasens jedoch nicht sagen, ob die Studie aus den 1990er-Jahren auf Messungen oder Simulationen beruhe. Aber fest stehe: „Das ist keine harmlose Sache.“ Der Wissenschaftler forderte erneut Messungen. Dabei sollten seiner Ansicht nach vor allem die Stoffe Xylol und Toluol, die Auswirkungen auf die Gesundheit haben können, sowie Benzol in den Blick genommen werden.

Die Bundestags- und Bezirkstagsabgeordnete Brigitte Freihold (Linke) erinnerte daran, dass keine Region in Deutschland vom Kerosinablass so stark betroffen sei wie die Pfalz. Allein in diesem Jahr seien bei sieben Fällen insgesamt 190 Tonnen des Treibstoffs abgelassen worden – und das, obwohl sich hier das größte zusammenhängende Waldgebiet Deutschland befindet: das Biosphärenreservat Pfälzerwald. Freihold fordert vor diesem Hintergrund, nicht zuletzt aus Naturschutzgründen, Alternativen zum Flugverkehr mit Kerosin zu entwickeln.



**Brigitte Freihold** FOTO: SEEBALD



**Ende Juli hat diese Frachtmaschine die Rekordmenge von 92 Tonnen Kerosin über der Pfalz abgelassen.**

FOTO: KLAUS WITTIG

# Kerosin verdampft nur, wenn es warm ist

Bei kalten Wetterlagen kommt Großteil des abgelassenen Flugzeugsprits am Boden an

■ Die Bundestagsabgeordnete Brigitte Freihold (Die Linke) hat in Kuchems Brauhaus zu einem Vortragsabend mit Experten zum Thema Kerosinablass über dem Pfälzerwald eingeladen. Vor allem der Vortrag des Toxikologen Professor Bernd Kaina forderte manch unbequeme Wahrheit ans Tageslicht.

In diesem Jahr sind bisher von Flugzeugen 192 Tonnen Kerosin über dem Pfälzerwald abgelassen worden. In der Bevölkerung herrscht mindestens Unsicherheit, wenn nicht sogar Angst. Wie gefährlich ist das für Mensch und Umwelt? Ein Argument beim Kerosinablass lautet, dass der flüchtige Stoff verdampft, bevor er auf den Boden trifft. Von daher sei das Vorgehen ungefährlich. Kaina bemühte dazu eine Studie der US-Luftwaffe. Die wollte genau das herausfinden, da auch Kampffjets Kerosin ablassen. Demnach verdampft Kerosin tatsächlich, allerdings nur wenn es sehr warm ist. Bei 20 Grad Außentemperatur kommen zehn Prozent der Gesamtmenge am Boden an, bei 0 Grad 40 Prozent

und bei minus 20 Grad Celsius sogar 90 Prozent des Kerosins.

Ob und wie sich das ganze auf die Umwelt im Pfälzerwald und auf den Menschen auswirke, das könne er derzeit nicht sagen. „Dazu fehlt schlichtweg die Forschung“, so der Professor. Dabei seien eigentlich nur Messungen und „ein bis zwei Doktorandenstellen“, notwendig, um das Thema ge-

## ■ Kerosinregen könnte sich auf das Grundwasser auswirken

nauer unter die Lupe zu nehmen. „Das ist nicht mal sonderlich teuer“, fand der Professor, der an der Universität Mainz am Institut für Toxikologische Medizin lehrt. Allerdings geht er davon aus, dass Kerosin Krebs auslösen kann oder gar zu Veränderungen am Erbgut führen könnte.

Jürgen Ott, Vertreter der Umweltschutzorganisation Pollichia, zeigte, in welchem Gebiet die Ablässe 2018 erfolgten. Einigermaßen geschockt zeigte er

sich darüber, „dass dies über dem Kerngebiet des Biosphärenreservates Pfälzerwald geschieht“. Genau dort, wo der Mensch nicht in die Natur eingreife, wo man der Natur ihren freien Lauf lasse, genau dort würden Tonnen von Kerosin abgelassen. Für Ott ein Unding.

Große Sorgen bereite ihm dabei auch, dass das Ablassgebiet durchzogen sei von Bächen, Weihern und Seen. Zudem sei nicht absehbar, wie sich das alles auf das Grundwasser und damit die Trinkwasserversorgung auswirke. „Wir wissen, dass der Buntsandstein keine Barriere darstellt und sehr durchlässig ist. Es kann einfach nicht sein, dass ausgerechnet mitten im Naturschutzgebiet Kerosin abgelassen wird“, so Ott.

Dritter Referent war Achim Müller von der Pfälzer Initiative „Entrüstet Euch!“, die sich mit dem Militärflughafen Ramstein und dessen Auswirkungen beschäftigt. Zum Thema Kerosinablässe konnte er wenig beitragen, forderte aber die gut 20 Zuhörer auf, sich auch mit den Kehrseiten des US-Flughafens zu beschäftigen. (dab)



Professor Bernd Kaina (rechts) von der Universität in Mainz referierte in Kuchems Brauhaus über Kerosinablässe. (Foto: Betz)

# **DIE LINKE.**

## im Bezirkstag Pfalz